

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhatten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Die „Taunus-Zeitung“ mit ihren Neben-Ausgaben erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis ein-
schließlich der Wochen-Beilage „Taunus-Bilder“ (Dienstag) und des „Illustrierten Sonntags-Blattes“
(Freitag) in ... Geschäftsstelle oder ins Haus gebracht vierteljährlich RM 1.20 monatlich 3 Pfennig, beim
Belegträger und am Zeitungsständer der Postämter vierteljährlich RM 1.40 monatlich 3 Pfennig (Beleggeld nicht
mit eingerechnet). — Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitungs-10 Pfennig für druckbare Anzeigen, 15 Pfennig
für ausserordentliche Anzeigen; die 65 mm breite Nassauische Zeitung im Tarif RM 35 Pfennig; tabellarischer Ge-
halt doppelt berechnet. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung.
Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschlag. Jede Nach-
schlagsanfrage wird hinsichtlich der druckbaren Anzeigen der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen:
Zusatz RM 5. — Anzeigen-Kannakamer: größere Anzeigen bis 9 Uhr vormittags, kleinere Anzeigen bis
halb 12 Uhr vormittags. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmten Stellen
wird nachher berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Dienstag

11

Dezember

Nr. 289 · 1917

Verantwortliche Schrift und Druck und Verlag:
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus
Verlagsdruckerei: Frankfurt (Main) 9927.

Verlagsdruckerei
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41
Herrnhuterstr. 44.

42. Jahrgang

Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Ueber den Verlauf der Ver-
handlungen über die Waffenruhe an der Ostfront erfahren
wir folgendes:

Zu Beginn der Verhandlungen mit der im Standort des
Hauptquartiers des Oberbefehlshabers Ost erschienenen
russischen Delegation stellte sich beim Austausch der Vollmach-
ten heraus, daß diese auf beiden Seiten lediglich dazu er-
mächtigten, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, nicht
aber über einen Frieden. Die russische Delegation schlug
vor, einen allgemeinen Waffenstillstand für alle Heere auf
allen Fronten zu vereinbaren. Hierfür konnte unsererseits
nicht eingegangen werden, da die Bundesgenossen Rußlands
weder vertreten waren, noch den russischen Delegierten Voll-
machten erteilt hatten, in ihrem Namen zu sprechen.

Wir kamen danach überein, die Verhandlungen auf den
Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Armeen der
Verbündeten und dem russischen Heere zu beschränken. Von
russischer Seite ist hierbei ausdrücklich hervorgehoben wor-
den, daß der abzuschließende Waffenstillstand den unmittel-
baren Eintritt in Friedensverhandlungen zum Zwecke haben
soll und zwar über einen allgemeinen Frieden zwischen allen
Kriegführenden. Hierüber haben die Bevollmächtigten der
Verbündeten mit Befriedigung Kenntnis genommen. So-
gleich in die Erörterung von Friedensverhandlungen einzu-
treten, war schon deswegen nicht möglich, da die bisherigen
Vollmachten hierzu nicht ausreichten.

Am zweiten Sitzungstage teilten die russischen Delegier-
ten uns ihre Vorschläge für den Waffenstillstand mit. Diese
Bedingungen gingen für ihre militärische Lage zum Teil
ganz erstaunlich weit. Die Russen verlangten beispielsweise
die Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen, ohne
ihrerseits die Zurückziehung ihrer Truppen an irgend einer
Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vor-
schreiben, für die ganze Dauer eines ihrerseits auf sechs Mo-
nate vorgesehenen Waffenstillstandes unsere Truppen in
den Schützengräben der Ostfront zu belassen, nicht einmal
ihre Zurückverlegung ins Ruhequartier sollte gestattet sein.
Auf solche Bedingungen konnten wir uns natürlich nicht ein-
lassen. Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte
sich dann aber heraus, daß in allen außer einer Frage eine
Einigung leicht zu erzielen war. Der einzige Punkt, für den
wir keine Lösung fanden, war die Frage der Inseln im
Rigaischen Meerbusen, deren Räumung natürlich außerhalb
jeder Diskussion steht.

Wie leicht an sich eine Einigung zu erzielen war, zeigte
sich in dem Augenblick, als die russischen Delegierten erklär-
ten, weitere Instruktionen aus Petersburg einholen zu
müssen, denn wir haben daraufhin in kürzester Zeit und
ohne auf ernstliche Schwierigkeiten zu stoßen, eine Einigung
über die Bedingungen der jetzt eingetretenen zehntägigen
Waffenruhe erzielt. In dieser kurzen friedlichen Abmachung
dürfen wir ein gutes Vorzeichen für die Zukunft erwarten.

Die feindl. Luftangriffe im November.

Berlin, 10. Dez. (W. B. Amtlich.) Der Feind unter-
nahm im November zwei Bombenangriffe gegen das deut-
sche Heimatgebiet. Ein Angriff fand am Allerheiligens-Tag
statt und richtete sich gegen friedliche Städte und Dörfer in
Baden und der Pfalz, der zweite Angriff hatte das loth-
ringisch-luxemburgische Industriegebiet zum Ziele. Eine
Frau wurde durch Bombenplitzer leicht verletzt. Sachschä-
den wurde nur in ganz geringem Umfange, militärischer
Schaden überhaupt nicht verursacht. Der Feind übte den
Angriff am Allerheiligens-Tag mit dem Verlust eines Flug-
zeuges, das brennend abgeschossen wurde, ein zweites Flug-
zeug wurde durch unser Abwehrfeuer jenseits der Linien zur
Landung gezwungen.

Die Ententeverluste seit 12. Dez. 1916.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Seit der Ablehnung des deut-
schen Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916 hat die
Entente trotz ihrer vielfachen Ueberlegenheit an Zahl und
Material an die Mittelmächte im ganzen über 430 000 Ge-
fangene und über 4000 Geschütze verloren. Die ungeheuren
wirtschaftlichen und militärischen Werte, die sich außerdem
durch die Besetzung weiterer Strecken reichsten feindlichen
Gebietes und die Erbeutung ungeheurer Mengen von
Kriegsgerät ergeben, lassen sich in Zahlen nicht annähernd

ausdrücken. Von Mitte Dezember 1916 bis Mitte Dezem-
ber 1917 wurden außerdem insgesamt 9 196 000 Brutto-
registertonnen versenkt.

Rußland.

Grund und Boden Staatseigentum.

Petersburg, 10. Dez. (W. B.) Meldung der Central
News. Die maximalistische Regierung hat in einer Prokla-
mation jeden persönlichen Grundbesitz aufgehoben und den
Grund und Boden für Staatseigentum erklärt.

Keine Streichung der Auslandsanleihen.

Petersburg, 10. Dez. (W. B.) Wie die Petersburger
Telegraphen-Agentur mitteilt, ist keine Ungültigkeitserklärung
der ausländischen Anleihen durch ein Dekret der Regierung
erfolgt. Es handelt sich lediglich um einen Artikel des Or-
gans der Bolschewiki „Pravda“.

Unabhängigkeitserklärung Finlands.

Basel, 10. Dez. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) Nach einem
Havasbericht aus Helsingfors hat der Präsident des finnischen
Senats der französischen und den alliierten Regierungen
eine Erklärung zugestellt, in der es im wesentlichen heißt:

Gestützt auf Artikel 38 des Verfassungsgezetzes von 1772
hat der finnische Landtag beschlossen, die souveräne Gewalt
zu übernehmen, und demgemäß einen vollziehenden Senat
bezeichnet. Kraft dieses Entschlusses hat das Haupt der
finnischen Regierung im Landtag einen Entwurf zu einem
Verfassungsgezetze unterbreitet, wonach Finland sich als unab-
hängige Republik erklärt.

Rußland besitzt keine Regierung mehr, seine Vertreter
haben die Ausübung ihrer Obliegenheiten in Finland einge-
stellt. Es ist keine rechtmäßige russische Behörde mehr vor-
handen. Die Truppen, die noch im Lande weilen, verbreiten
Schrecken und reizen die revolutionären Elemente der
Bevölkerung zu verbrecherischen Taten an. Die russische
Anarchie zwingt das finnische Volk, sich von nun an von
jeder Abhängigkeit gegenüber Rußland frei zu machen. End-
lich steht Finland vor der Hungersnot. In dem der fin-
ländische Senat sich auf die hochherzige Erklärung der fran-
zösischen Regierung über das Recht der kleinen Völker auf
nationale Selbständigkeit beruft, ersucht die Regierung der
französischen Republik ehrenbeiläufig um die Anerkennung der
finnischen Republik und um die Ermächtigung, eine Dele-
gation nach Paris zu entsenden.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 10. Dez. Auf der Tagesordnung der heutigen
Sitzung des Abgeordnetenhauses steht die Fortsetzung der
Beratung über die preussische Wahlrechtsreform.

Abg. Herold (Ztr.) gibt gegenüber den Ausführungen
des Abg. v. Henning eine Erklärung seiner Fraktion über
die Vorgänge beim letzten Kanzlerwechsel ab. Die Mehr-
heitsparteien des Reichstages stellen keineswegs einen festen
Block dar, die Mehrheitsbildung sei lediglich eine Folge der
gegenwärtigen politischen Lage. Ein Vertrauensverhältnis
zwischen Regierung und Parlament erscheine schon in nor-
malen Zeiten in höchstem Maße erwünscht, doppelt not-
wendig sei es in der jetzigen kritischen Situation gewesen.
Die vier Programmpunkte, die zwischen dem neuen Reichs-
kanzler und den Mehrheitsparteien vereinbart worden seien,
seien von der Zentrumsfraktion immer vertreten worden.
Was die Wahlreform anlangt, so sei es unrichtig, daß ein
Teil der Zentrumsfraktion unbedingt gegen die Vorlage
sei. Ein Teil seiner Freunde werde vielmehr seine endgültige
Stellungnahme lediglich von dem Ergebnis der Kommissio-
nensberatungen abhängig machen. Von besonderer Wichtigkeit
sei für seine Freunde die Frage der kulturellen konstitu-
tionellen Garantien, und die Frage der

Wahlkreiseinteilung.

Immer hat seine Fraktion auf dem Standpunkt gestan-
den, daß bei der Wahlkreiseinteilung die Zahl allein nicht
maßgebend sein dürfe, daß vielmehr die Fläche mit berück-
sichtigt werden müsse. Am erwünschtesten sei eine völlig
neue Einteilung der Kreise.

Abg. Wiemer (Fortschr. Pp.): Der Hauptgewinn der
bisherigen Verhandlungen ist die bestimmte Erklärung der

Regierung, daß sie auf dem gleichen Wahlrecht besteht und
alle übrigen Lösungsvorschläge ablehnt.

Mit der Frage des

Frauenstimmrechts

wollen wir die Vorlage nicht belasten. Wir sind durchaus
bereit, die Wünsche der Frauen nach Erweiterung ihrer
Rechte zu unterstützen. Aber wir können nicht die Hand da-
zu bieten, daß diese Vorlage, deren Schicksal auf des Weisers
Schneide steht, durch die Einbeziehung des Frauenwahl-
rechts gefährdet wird. Wir würden dadurch auch einen
neuen Gegensatz zum Reichstagswahlrecht schaffen, während
wir gerade homogenes Wahlrecht für Reichstag und Land-
tag wünschen, damit eine ähnliche Politik im Reich und in
Preußen möglich wird.

Das gleiche Wahlrecht liefert den Staat an die Masse
aus. Das Pluralwahlrecht, dessen Wirkung wir in Sachsen
verfolgen können, erscheint uns am angenehmsten. Im
übrigen wird zu erwägen sein, ob man nach dänischem Vor-
bild das Wahlrecht auf dreißig Jahre heraufsetzen soll. Eine
allgemeine Änderung der Wahlkreise ist nicht nötig, wohl
aber empfiehlt sich die Verhältniswahl für besonders große
Wahlbezirke. Wir vernennen die Uebertragung der Wahl-
prüfung an einen Gerichtshof nach elbäsischem Muster.

Die Herrenhausvorlage wird in mancher Hinsicht zu än-
dern sein. Es wird zu erwägen sein, ob nicht die freien
Städte eine Vertretung im Herrenhaus erhalten sollen.

Abg. Graf-Zulau (Konf.): Wir sind bereit, den Ent-
wurf über die Umgestaltung des Herrenhauses zur Grund-
lage einer Reform zu machen. Wir wollen ihm eine breitere
Grundlage geben. Bei der Prüfung der Einzelheiten kann
man zweifelhaft sein, ob man bestehende Rechte ohne weite-
res außer Kraft setzen kann.

Abg. Korfanty (Pole): Die Haltung der nationalistischen
Parteien zur Wahlrechtsfrage läßt erkennen, daß sie einen
neuen Antrag im Sinne der bisherigen Ausnahmegeetze
vorhaben. In der Kommission, aus der wir ausgeschlossen
sind, will man Fragen erledigen, an denen wir sehr interes-
siert sind. Der Minister des Innern hat Recht und Sitt-
lichkeit als die Grundlagen eines Staates bezeichnet. Diese
Grundlagen muß man auch uns gegenüber anwenden.

Abg. Lippmann (Fortschr. Pp.): Das Herrenhaus ist
jetzt eine Klassenvertretung des Großgrundbesitzes. In der
Vorlage hat dasselbe noch mehr Einfluß als ihm zukommt.
Dagegen fehlt die Vertretung des Kleinbesitzes und der
Arbeiter. Wir befinden uns in einem historischen Moment.
Der König tritt vor das Parlament und verlangt Rechte
für das Vaterland, und das Parlament stellt sich nicht ein-
mütig auf die Seite des Königs, sondern macht Opposition
oder schwankt. Das ist für das Volk unverständlich und
schafft Beunruhigung. Das Königtum soll auch ein Schutz
der Schwachen sein. Die Pflicht des ganzen Hauses ist es,
dafür zu sorgen, daß — wenn unsere Krieger heimkehren —
das Haus ihnen beisteht ist. (Beifall links.)

Fortsetzung der Debatte Dienstag morgen.

Der Arbeitsplan.

Berlin, 10. Dez. Die Parteiführer des Abgeordneten-
hauses berieten heute vormittag mit dem Präsidenten über
die weitere Gestaltung der Tagung. Die erste Lesung der
Verfassungsvorlage wird vermutlich morgen (Dienstag) zu
Ende gehen, dann soll der Antrag Fuhmann (natl.) über
den Erlaß des Ministers des Innern, betreffend die Be-
tätigung der Beamten für die Vaterlandspartei verhandelt
werden, darauf die Kohlenfragen und die Steuerungs-
lagen. Am Freitag soll die letzte Sitzung vor Weihnachten
stattfinden. Das Haus tritt dann am 15. Januar wieder
zusammen. Es wurde der Wunsch geäußert, daß der Aus-
schuß für die Wahlrechtsvorlage bereits vor diesem Zeit-
punkt seine Arbeiten beginnen soll. Dieser Wunsch dürfte
vom Präsidenten des Hauses dem Ausschuss zum Ausdruck
gebracht werden. (Ziff. Ztg.)

Zur Herrenhausreform.

Nach einer Mitteilung der „Jüdischen Presse“ ist beabsich-
tigt, auch eine Vertretung des Judentums im Herrenhaus,
wie sie schon für die Geistlichkeit der christlichen Kon-
fessionen vorgesehen ist, zu schaffen. Die Schwierigkeit einer
jüdischen Stelle das Recht zur Präsentation zu geben, liege
vor allem darin, daß eine geschlossene jüdische Vertretung
mit Rechtspersönlichkeit, die präsentieren könne, nicht vor-
handen sei. So werde wahrscheinlich die Vertretung des Ju-

denkums eine ohne Präsentation vom König direkt berufene Persönlichkeit sein. Voraussichtlich werde die Wahl auf einen Rabbiner fallen. In der „Laubhütte“ wird vorgeschlagen, daß entweder die ältesten Rabbiner der beiden Glaubensrichtungen vorgeschlagen werden oder das Vorschlagsrecht den Rabbinerverbänden zuerkannt werde. (Hess. Ztg.)

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Vergewaltigung der Neutralen. Die Pariser Konferenz nahm eine Verträge an, wonach amerikanische Lebensmittel nach der Schweiz und Spanien unter Entente-Kontrolle freizulassen seien, lehnte dagegen jede Einfuhr amerikanischer Lebensmittel nach Holland und Skandinavien ab.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 11. Dez. Auf Anordnung der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Frankfurt (Main) werden die Schalterdienststunden beim hiesigen Kaiserl. Postamt vom 15. Dez. ab an Werktagen von 8 bis 12 Uhr vorm. und 2 bis 6 Uhr nachm. eingeschränkt. Telegramme und Gesprächsanmeldungen werden auch außerhalb dieser Zeitabschnitte am Schalter angenommen. Bei verschlossener Eingangstür steht den Auslieferern von Telegrammen und den Gesprächsanmeldern eine neben dieser für angebrachte Nachschloße zur Verfügung. Die öffentliche Sprechstelle des Postamtes kann indessen in der Zeit von 9 Uhr nachm. bis 7 Uhr vorm. nicht benutzt werden. Von Teilnehmeranschlüssen aus können aber auch nachts Gespräche angemeldet werden.

* Die Schülerinnen des St. Anna-Institutes werden Sonntag, den 16. d. Mts. eine Vorstellung geben zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins. Es sei hiermit schon jetzt auf diese Veranstaltung hingewiesen. Näheres bringt die Freitagssnummer dieser Zeitung.

* Die Linte wird teurer. Der Friedenspreis von 1.80 M pro Liter ist bereits auf 4 M erhöht und am 1. Januar soll eine weitere Preiserhöhung eintreten.

* Falkenstein, 10. Dez. Beim hiesigen Postamt sind die Schalterdienststunden vom 15. Dez. ab an Werktagen von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. Postschalter bis 5 Uhr nachm. festgesetzt. Bei Auslieferung von Postpaketen zwischen 5 und 6 Uhr nachm. ist die tarifmäßige Sondergebühr von 20 S. für jedes Paket zu zahlen.

□ Falkenstein, 10. Dez. Gestern fand dahier der auf Anordnung der Leiterin der Kriegsfürsorge abgehaltene Schulanfertigungskursus mit einer Ausstellung der gefertigten Sachen sein Ende. In 8 Abteilungen wurde der Kursus von über 100 Teilnehmerinnen besucht und ist das Ergebnis der erworbenen Kenntnisse nur als sehr gut zu bezeichnen, sodaß wohl auf lange diese Vorteile der hiesigen Bevölkerung zugute kommen werden. Beispielsweise sind allein über 300 Hauspantoffeln aus bisher wertlosem Material hergestellt, ungeachtet der Stiefel und Schuhe mit Holzsohlen. Die Damen der Kriegsfürsorge haben mit diesem Kursus einen großen Gewinn für die Allgemeinheit geschaffen, der mit seinen ganzen Vorteilen, wohl erst in späteren Tagen seine volle Würdigung finden wird.

Die Engländer in Jerusalem.

Haag, 11. Dez. (Priv.-Tel. d. Hess. Ztg.) Reuter meldet aus London: Im Unterhause teilte Bonar Law mit General Allenby meldete, daß seine Truppen am 8. Dezember die feindlichen Stellungen südlich und westlich von Jerusalem angriffen. Truppen aus Wales und England rückten auf Bethlehem (im Süden der Stadt) vor. Sie drängten den Feind zurück und marschierten im Osten an Jerusalem vorbei. Sie besetzten eine Stellung auf dem Wege von Jerusalem nach Jericho. Gleichzeitig griff englische Infanterie und Kavallerie, die von ihren Pferden abgejessen war, die starken feindlichen Positionen westlich und nordwestlich von Jerusalem an und stellte sich an beiden Seiten des Weges von Jerusalem nach Sichem auf. Die heilige Stadt, die auf diese Weise von der Außenwelt abgeschnitten war, ergab sich Allenby. Englische politische Beamte, der britische Gouverneur der Stadt, ferner englische, französische, italienische und indisch-mohamedanische Bewachungstruppen sind unterwegs, um die Stadt zu schützen und die heiligen Orte unter ihre Bewachung zu stellen. General Allenby schlägt vor, morgen offiziell in die Stadt einzurücken in Begleitung der Kommandanten der französischen und italienischen Heeresabteilung und der Spitzen der französischen politischen Mission. Die Eroberung von Jerusalem hat sich verzögert, da man die größte Sorge anwandte, um eine Beschädigung der heiligen Orte und ihrer Umgebung zu vermeiden.

Die Katastrophe in Halifax.

Haag, 11. Dez. (Priv.-Tel. d. Hess. Ztg.) Reuter meldet aus Ottawa: Nach offizieller Schätzung wurden in Halifax 2000 Personen getötet, 3000 verwundet; 20 000 Personen sind obdachlos. Der Schaden beträgt 25 Millionen Dollars.

Von nah und fern.

Ufingen, 10. Dez. In einem Rundschreiben an die Bürgermeister des Kreises macht der Landrat die Genehmigung zu den Hausablieferungen von der ordnungsmäßigen Ablieferung von Milch oder Butter durch die Milchbesitzer abhängig.

Adl, 10. Dez. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß eine Einrichtung zu treffen, durch die den Adlner Familien, namentlich den Neuvermählten die Beschaffung von Möbeln erleichtert werden soll. Das Unternehmen, an dem das Handwerk und der Handel beteiligt ist, wird mit einem Kapital von zwei Millionen Mark ins Leben treten.

Stuttgart, 10. Dez. (W. B.) Am Löwentor geriet ein Straßenbahnzug durch Versagen der Bremsvorrichtung ins Schleifen, wodurch ein Wagen aus dem Gleis gehoben wurde und umstürzte. Dabei wurde eine ältere Frau tödlich verletzt. Schwerverletzt wurden 10 Personen, während etwa 30 Personen leichtere Verletzungen erlitten. Eine Untersuchung der Schuldfrage ist eingeleitet.

* Zehn-Pfennig-Stücke aus Zink bis zur Höhe von zehn Millionen Mark zum Ersatz für einzuziehende Stücke aus Nickel werden jetzt geprägt. Der Bundesrat hat den Reichskanzler dazu ermächtigt.

Großes Hauptquartier, 11. Dezember.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern und von der Scarpe bis zur Somme entwickelten sich am Nachmittag vielfach lebhaftere Kämpfe.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Feueraktivität war auf der ganzen Front reger. In überraschendem Vorstoß holten Sturmtruppen nordöstlich von Craonne 22 Franzosen aus den feindlichen Gräben. Auch in anderen Abschnitten wurden in Erkundungsgefechten Gefangene eingebracht.

Starker Einsatz der Fliegerverbände, namentlich an der französischen Front, führte zu heftigen Luftkämpfen; unsere Gegner verloren 11 Flugzeuge und einen Fesselballon.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Zu beiden Seiten der Brenta und längs der unteren Piave zeitweilig gesteigerte Artillerietätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 10. Dez. (W. B. Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean neuerdings 12 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum versenkt. Zwei der versenkten Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Ferner wurde der bewaffnete amerikanische Dampfer „Actacon“ (5000 T.) auf der Fahrt von Bordeaux nach Amerika versenkt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Graf Luxburg.

Basel, 10. Dez. (Priv.-Tel. d. Hess. Ztg.) Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ aus London ist der frühere deutsche Gesandte in Argentinien Graf Luxburg am 6. Dezember in Bergen angekommen, von wo aus er sich sofort nach Deutschland begeben hat.

Der Nobel-Friedenspreis.

Aristonia, 10. Dez. (W. B.) Meldung der Rors Telegramm Byran. Das norwegische Nobelkomitee hat dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf den Friedenspreis für 1917 zuerkannt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres innigstgeliebten Sohnes, Bruders Schwagers und Onkels

Herrn Fritz Klomann

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl.

sprechen wir allen denen, die ihn zur letzten Ruhe begleitet haben, unsern herzlichsten Dank aus. Ganz besonders danken wir dem Gesangsverein „Concordia“, dem Turnverein, sowie den Jungfrauen für die ihm erwiesene letzte Ehrung.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Klomann und Frau, geb. Biron,
Ludwig Kroth und Frau, geb. Klomann,
und Kind,
Karl Klomann, z. Z. im Felde.

Glashütten, 10. Dezember 1917.

Bekanntmachung.

Die Holzverkaufsgesellschaft für das auf Grund der Anmeldungen verfallene Holz aus hies. Stadtwald werden am **Wittwoch, den 12. Dez.**, vormittags von 8—12 Uhr, in dem Rathause, Zimmer 2, gegen Barzahlung abgegeben. Die Preise sind wie folgt festgesetzt:

Reisföhren	1/4 Klafter	10.00 M.
Eichen- u. Buchenholzknüppel	1/4 „	20.00 M.
Buchen-Knüppelholz	1/4 „	27.50 M.

Königstein, den 10. Dezember 1917.

Der Magistrat. Jacobs.

In der Zwangsversteigerungssache der ledigen **Mina Pfaff** von Königstein ist der auf den 29. Januar 1918 anberaumte Zwangsversteigerungstermin aufgehoben, da die Zwangsversteigerung zurückgenommen ist.

Königstein (Taunus), den 10. Dezember 1917.

Königliches Amtsgericht.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie im Stühbachweg in **Rehheim (Taunus)** liegt bei dem unterzeichneten Postamt von heute ab vier Wochen aus.

Rehheim im Taunus, den 10. Dezember 1917.

Kaiserliches Postamt.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer nun in Gott ruhenden innigstgeliebten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Anna Maria Weber,

geb. Grandpierre,

für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, und die vielen schönen Blumen- und Kerzenspenden sagen wir allen herzlichen Dank.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Familie Joseph Weber, Königstein i. T.,

Königstein im Taunus, den 11. Dezember 1917.

Christbäume!

Bestellungen werden angenommen
Gärtner **Liedemann**, Königstein,
Gerbereigasse 5.

1 Rolle,

1 Frachtschlitten und
1 Spazierfahrtschlitten

hat zu verkaufen

Georg Alß 2r, Chhhalten 1. T.

Bekanntmachung.

Die Ablieferungen der Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing, Nickel und Aluminium finden bis auf weiteres jeden **Wittwoch**, nachmittags von 4—6 Uhr, bei der hiesigen Sammelstelle statt.

Sollte noch jemand im Besitze von bereits enteigneten Kupfer-, Messing- und Nickelgegenständen, sowie Aluminium sein, so Sorge der Betreffende für sofortige Ablieferung.

Königstein im Taunus, den 3. Dezember 1917.

Als beauftragte Behörde:

Der Magistrat. Jacobs.